

Wahlabend aus der Hölle



Bitte gehen Sie weiter, in diesem Landtag hat ein heftiger Rechtsruck stattgefunden. (Foto: rod)

Nordrhein-Westfalen hat gewählt. Die großen Gewinner sind die rechtskonservative CDU, die marktliberale FDP und Hannelore Kraft, die sich nun nicht mehr damit rumschlagen muss, Landesvorsitzende der Sozialdemokrat*innen zu sein: ein Glück. Eine schwarz-gelbe Koalition ist wahrscheinlich und damit eine Regierung quasi direkt aus dem Guss des neoliberalen Rechtsruck. Mein Abend zwischen professionellem Journalismus und politischer Enttäuschung.

Dabei begann mein Tag eigentlich gut: Mein Lieblingsverein – Fortuna Düsseldorf – hat dreifach beim Auswärtsspiel in Nürnberg gepunktet. Ich stand mitten auf dem Belsenplatz in Düsseldorf als ich in Boris-Becker-Manier die Faust ballte, hatte das Team doch wenigstens den direkten Abstieg aus der 2. Bundesliga verhindert. Da war es eigentlich nur eine Randnotiz, dass ein paar dutzend linker Demonstrant*innen die Wahlparty der AfD im Bonzen-Stadtteil Oberkassel crashen wollten: Viel passierte da nicht, außer ein paar Rangeleien mit Polizist*innen.

Mein Ex-Chef bei der FDP

Mein nächstes Ziel waren linksversiffte Grüne. Die ersten Hochrechnungen waren schon längst da: „Immerhin haben die es noch in den Landtag geschafft“, dachte ich mir und fühlte mich schmutzig dabei. Am Ort des Geschehens, dem Kunst im Tunnel (KiT), angekommen, traf ich die Sprecherin der Grünen Jugend, Julia Wenzel. Eher semi-professionell holte ich mir ein professionelles und viel zu langes Statement von ihr zum Ergebnis der Landtagswahlen ab. Fazit: Die Stimmung bei den Grünen war tief im Keller. Ein Trost: Es gab Freibier.

Auf dem Weg zur FDP-Wahlparty am Foyer im Medienhaus des Zollhofs – hartes Kontrastprogramm. Überall Anzugträger*innen und dicke Karren. Hier hatte ich vor über einem Jahr noch Essen ausgeliefert als unterbezahlter Foodora-Fahrradkurier. Der nächste Ausbeuter stand da direkt schon vor mir: Mein ehemaliger Chef. Er führt eine Leiharbeitsfirma und gibt einen Scheiß auf Arbeitnehmer*innen-Rechte. Damals habe ich einen Auflösungsvertrag unterschrieben, meine Ausbildung damit abgebrochen, unter Tränen, psychischem Druck, Existenz-Ängsten und mit der Passage, dass „keine Forderungen [...] – gleich aus welchem Rechtsgrund – mehr bestehen“ würden.

Trotzdem gehe ich noch rein, mache mir ein kurzes Bild von dem Szenario. Die FDP hat noch nie so ein gutes Ergebnis in NRW erzielt. Für mich ist die Wahlparty blanker Horror, ich sehe lauter junge Leute zu den Klängen der Band auf der Bühne tanzen. Vor wenigen Minuten hatte dort noch der Polit-Superstar Christian Lindner gestanden. Eigentlich bin ich hier auf Stimmenfang: „Ich brauche Zitate“, denke ich, halte es aber keine 20 Sekunden mehr bei den champagnertrinkenden Golfspieler*innen aus und dampfe wieder in Richtung Landtag ab.

Zu bitter für Sarkasmus

Dort angekommen stehe ich vor einem überdimensionalen Bildschirm. Armin Laschet, CDU-Spitzenkandidat und heutiger Wahlsieger, gibt ein Interview: Er sagt irgendwas mit „innerer Sicherheit“ und „ideologiefreier Bildung“. Damit meint er die Inklusion und die UN-Behindertenrechtskonvention, die er offenbar für falsch hält. Er hätte auch sagen können: „Was soll das mit dieser gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen? Ab in die Förderschule mit dir.“ Ich schreie innerlich, eine Frau neben mir tut es tatsächlich; ich fühle mit ihr.

Kritisch bilden



Bildungskritische Woche an der UDE: Wie das ablief und was dabei besprochen wurde lest ihr auf **Seite 2**.

Gemeinsam lernen



Inklusion im Schulbetrieb ist nicht immer einfach. Der Film *Ich.Du.Inklusion* wirft einen Blick auf die Wirklichkeit in Schulen. **Seite 4**

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Das Wahlergebnis macht mich fertig, das merke ich, als ich zurück am KiT bin. Meine Verzweiflung drückt sich darin aus, dass ich ausgerechnet der Linkspartei in NRW die Daumen drücke für einen Einzug in den Düsseldorfer Landtag. Niemals hätte ich für möglich gehalten, dass die Wähler*innen ernsthaft eine schwarz-gelbe Landesregierung wollen. Studiengebühren und Bildungsschulden, noch mehr Abschiebungen, verdachtsunabhängige Kontrollen und damit Tür und Tor offen für offenes Racial Profiling. Mittlerweile sitze ich seit über 30 Minuten auf einer Parkbank am Rheinufer. Der Himmel ist grau, am Horizont gehen gerade die Rechte vieler Menschen unter, gegen die man hier auch noch ganz offen Wahlkampf betrieben hat.

Eigentlich wollte ich eine ausgewogene Kurzreportage zum Wahlabend schreiben; Eine subjektive Beschreibung meiner Gefühlslage erscheint mir angesichts dieser politischen Katastrophe aber angebrachter zu sein. Nie hätte ich gedacht, dass ich nochmal meinen alten Auflösungsvertrag aus dem Archiv kramen muss, heute weiß ich: Gut, dass ich ihn aufgehoben habe. [rod]

"Ist die Zukunft klausurrelevant?"

Kommentar

Aus den Augen, aus dem Sinn

von Meiko Huismann

Nun ist es also offiziell. Das Alkoholverbot in der Duisburger Innenstadt ist vergangene Woche vom Stadtrat beschlossen worden. Damit hofft die Stadt, die Trinker*innenszene aus dem Stadtzentrum zu vertreiben. Bravo! Problem gelöst. Nun kann das Shopperlebnis ungetrübt genossen werden, ohne den Anblick von gesellschaftlich abgehängten Menschen ertragen zu müssen.

Getreu dem Motto: „Aus den Augen, aus dem Sinn“ werden die zum größten Teil alkoholkranken Menschen einfach aus dem Sichtfeld der Menschen verbannt. Immerhin gilt Alkoholabhängigkeit seit 1968 in Deutschland als Krankheit. Es wird beiseite geräumt, was dem Stadtimago schaden könnte.

Der letzte Strohalm dieser Menschen, an unserer Gesellschaft teilzuhaben, an öffentlichen Plätzen zu trinken, wird ihnen mit dem Verbot genommen. Es gibt Überlegungen einen Raum zu öffnen, damit die Menschen unter Aufsicht trinken können. Wer das bezahlen soll, ist noch nicht abschließend geklärt. Bei der Problemlösung wird auch nach Essen geschaut. Das Projekt „Pick up“ bietet an: Straßen säubern gegen Bier oder eine warme Mahlzeit. Damals war die Empörung in der Bevölkerung groß. Die Betroffenen aber fühlen sich gebraucht und haben endlich wieder eine Struktur im Alltag. Das Projekt wurde mit den Alkoholabhängigen zusammen ausgearbeitet. In Amsterdam wurde das schon vor einigen Jahren eingeführt und läuft gut. Das ist, was in Deutschland und speziell in Duisburg fehlt. Es wird einfach über Menschen hinweg entschieden, ohne mit ihnen zu reden.

Wenn diese Menschen schon nicht mehr die Chance bekommen unsere Gesellschaft mitzugestalten, dann können sie doch wenigstens das machen was ihnen bleibt. An belebten öffentlichen Plätzen trinken, um wenigstens das Gefühl zu haben, dazuzugehören. Aber diese Trennung passt zur Stadt Duisburg. Denn dadurch wird den Bürger*innen auch der Komfort geboten, nicht sehen zu müssen, dass es in einer Gesellschaft auch tief bergab gehen kann.



Das geht: Uni mal draußen. Nur, dass es hier um die Zukunft der Bildung ging. (Foto: mac)

„Mach kaputt, was dich kaputt macht“, sang schon Rio Reiser 1970. An der Universität Duisburg-Essen kommen 47 Jahre später Studierende zusammen, um über das zu sprechen, was sie an ihrer Hochschule kaputt macht. „Bildungskritische Woche“ nannten sich die Aktionstage des AG Bildungskritik vom 9. bis 12. Mai auf dem Duisburger Campus. Die Fragen: Was ist Realität an der Hochschule, was Utopie und wie schafft man den Sprung zu letzterem?

Eine Stehlampe, drei Teppiche, Sofas und eine Flipchart – fertig ist das Sofacafé. Vor dem LX Audimax auf dem Campus Duisburg machten die Studierenden beim Abschlussplenum der bildungskritischen Woche am 12. Mai genau das, was sich viele an sonnigen Tagen wünschen. Sie draußen austauschen statt im fensterlosen Seminarraum zu pauken. Im Halbkreis sammelten sie ihre Zustandskritik für die Hochschulbildung. Und die DIN A2-Blätter auf dem Aufsteller füllten sich.

Konkurrenz statt Kooperation

„Seit Bologna haben wir einfach nicht mehr die Freiräume, um unser Studium selbst zu gestalten“, sagt Vincent von der AG Bildungskritik. „Viele denken mittlerweile, dass sie einfach zum Fachdioten werden. Dabei sollte Studium mehr sein – man sollte sich auch in anderen Kontexten bilden“, so der Duisburger weiter. Für die Studierenden, die auf der Wiese diskutierten, fehlten in der Universität die Möglichkeiten zur Selbstorganisation und dem gemeinsamen Lernen. Ein Studium sei lediglich eine Ausbildung mit verschultem Modulsystem und Punkten. Konkurrenz stehe vor interdisziplinärem Austausch.

Nicht nur Studierende, auch Soziologiedozentin Glauca Peres da Silva kritisierte die Studienbedingungen bei der Aktionswoche. Gemeinsam diskutierte sie mit einem Vertreter der anarchistischen Gruppe Schwarze Ruhr-Uni, dem Studierendenparlamentsmitglied Marcus Lamprecht (GHG) und dem studentischen Senatsmitglied Corinna Kalkowsky (Antihelden) bei der Auftakt-Podiumsdiskussion am Dienstag, 9. Mai, in Duisburg. Es würde ja auch vieles von den Dozierenden und Mitarbeitenden angestoßen, so Pe-

res, aber die Studierenden seien so im System, dass sie die Anstöße nicht annehmen würden.

Raus aus der Uni – rein in die Stadt

Beim Vortrag am Mittwoch, 10. Mai, stellte dann die Schwarze Ruhr-Uni aus anarchistischer Perspektive die Herrschaftsinstitution Hochschule in ihrem Vortrag vor. Untertitel: Wie uns die Uni unterdrückt. „Das war sehr spannend, viele der Zuhörer*innen haben den Ansatz abgelehnt, viele konnten daran anknüpfen, andere fanden es sehr gut. Und dann ist eine Diskussion unter den drei Teilen entstanden, die auch noch nach dem Vortrag lief“, so Vincent.

Nachdem die Realität auseinander genommen wurde, machten sich die Studierenden an die Erschaffung ihrer Utopie. Unter anderem auf dem Wunschzettel: Kleine Arbeitsgruppen, Lernen außerhalb der Universität und freie Bildung für alle. Statt sich in die Hochschule zurückzuziehen, könnten sich die Studierenden mehr in der Stadt einbringen und sich als Bürger*innen aktivieren. Frei von Werbung und militärischer Forschung – so sollte die Universität laut den kritischen Studierenden sein.

Auch die Gebäude sollten von den Studierenden selbst gestaltet werden können; so könnte beispielsweise ein Freiraum für Kultur entstehen. Die bildungskritische Woche lieferte selbst eine kleine Vorlage: Zwischen den Vorträgen fanden kreative Workshops statt. Der Asta-Keller Duisburg (AKD) hatte sich ebenfalls zu einem Café mit gemütlichen Ecken verwandelt. Statt kalten Wänden sah man Stoffbahnen – Wohnzimmeratmosphäre in der Universität.

Dort beendeten die Studierenden ihre Aktionswoche dann auch mit Bier, Mate und viel zu scharfem „Mexikaner“-Schnaps. „Ich glaube, diese Woche war ein Anstoß. Wir wollen auf jeden Fall noch Aktionen starten und die Studierendenschaft zusammenbringen“, resümiert Mitorganisator Vincent. Eine letzte Frage war aber noch auf die Wände des AKD gemalt: „Ist die Zukunft klausurrelevant?“ – eher nicht. Es kann durchgeatmet werden.

[mac]

Wer sich für das Bildungssystem engagieren möchte, kann sich auf Facebook bei der AG Bildungskritik UDE melden.

AfD: Sympathien trotz Migration

Obwohl die Umfragewerte der AfD zuletzt konstant zurückgingen, schafft sie es, viele Menschen zu mobilisieren. Vor allem mit ihren Feindbildern – dem Islam und Einwanderung – gelingt es der Partei in der Bevölkerung zu punkten. Doch auch Menschen mit Migrationshintergrund sehen sich durch die Rechten vertreten. Ist die AfD auch eine Partei für Migrant*innen? Ein Abend mit der Alevitischen Hochschulgruppe.

Am Freitagabend, 12. Mai, luden der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland, die Initiative Tacheles – ein Projekt gegen Rechts-Extremismus – und die Alevitische Hochschulgruppe Duisburg-Essen zu einer Podiumsdiskussion ein und diskutierten, ob die AfD auch für Migrant*innen wählbar sei. Ein vorwiegend junges Publikum hatte sich an dem Abend in Duisburg-Marxloh eingefunden. In dem Stadtteil haben rund 64 Prozent der Einwohner*innen einen Migrationshintergrund. Trotzdem wählten dort 16 Prozent die AfD in den jetzigen Landtag – bei einer Wahlbeteiligung von 33 Prozent. Dort gebe es zwar keine Daten, wie viele Migrant*innen die Partei gewählt haben. Aber – wie ein Mitdiskutant sagt – viele deutsche, türkei- und libanonstämmige Bewohner*innen des Stadtteils hätten rassistische Ressentiments gegen die zugewanderten Roma aus Südosteuropa. Simone Rafael, Chefredakteurin von *belltower.news* (ehemals *Netz gegen Nazis*) nennt ein Beispiel, das die Kompatibilität der AfD mit den Einstellungen von Migrant*innen besonders unterstreicht. Eine Sozialdatenerhebung aus Freiburg zeigt, dass die AfD bei Menschen mit Migrationshintergrund sehr wohl erfolgreich sein kann. Bei den Landtagswahlen hatten dort mit 34 Prozent mehr als ein Drittel der AfD-Wähler*innen einen Migrationshintergrund.

Migrant*innen in der AfD: Ein Widerspruch!?

Im Hinblick auf die Fremdenfeindlichkeit der AfD schlussfolgert Rafael die teilweise hohe Zustimmung bei Migrant*innen: „Widersprüche bei der AfD werden in Kauf genommen – auch von Migrant*innen.“ Durch die Wahl Alice Weidels als Co-Spitzenkandidatin neben Alexander Gauland sei die These erneut unterstützt worden: Eine bekennende Homosexuelle sitzt an der Spitze einer Partei, die gegen alles, was vom klassischen Familienbild abweicht, agitiert. Migrantische Wähler*innen würden ihre Einstellungen in anderen Politikfeldern der AfD vertreten sehen, beispielsweise durch ihre Haltung zur Griechenland- und Europapolitik. Besonders in der Gründungsphase der Partei im Jahr 2013 war es die AfD, die sich lautstark gegen weitere Kreditzahlungen an das Krisenland aussprach und damit viele Sympathisant*innen generieren konnte. Ein wichtiger Bezugspunkt für migrantische AfD-Wähler*innen sei aber

der Konservatismus, so Rafael. Die AfD propagiert ein rückwärtsgewandtes Familienbild, das pluralistische Lebensformen ausschließt und Heteronormativität als gesellschaftliches Ideal sieht – damit könne sie auch bei konservativen Migrant*innen punkten. Dass die Parteispitze gerne ins rassistische Phrasenbuch greift, werde dabei ausgelassen, meint Rafael. Ebenso wie Migrant*innen können eben auch Homosexuelle rassistisch sein und sich durch die AfD vertreten fühlen.

Oftmals stünden soziale Probleme hinter der Entscheidung, rechte Parteien zu unterstützen, meint Ludmilla Kopp, Geschäftsführerin des JSDZ (Jugend- und Studentenrings der Deutschen aus Russland). „Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt und Nichtanerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland sorgen für Unzufriedenheit“, beschreibt Kopp die Probleme, die beispielsweise Russlanddeutsche dazu veranlassen, sich rechts zu positionieren. Die Symbiose von AfD und Russlanddeutschen wurde im Zuge des Falls Lisa deutlich: Anfang 2016 wurde eine 13-Jährige in Berlin-Marzahn als vermisst gemeldet, die nach ihrem Wiederauftauchen behauptet hatte, von „Südländern“ entführt und vergewaltigt worden zu sein. Es formierten sich Proteste gegen Einwanderung – unterstützt von der AfD, die innerhalb der Partei ein Netzwerk für Aussiedler und Russlanddeutsche AfD etabliert hat und mit ihrer proputinistischen Haltung auf Rückhalt bei russischen Nationalist*innen zählen kann. Durch polizeiliche Ermittlungen stellte sich allerdings heraus, dass das Mädchen die Geschichte erfand und sich lediglich bei einem Freund aufgehalten hatte.

Rassistische Migrant*innen: Eine Doppelstrategie

Sozialwissenschaftler Vincent Knopp, der zur AfD Jugend in Nordrhein-Westfalen promoviert, sieht in der Taktik der AfD eine Doppelstrategie. Der Rassismus der rechten Partei sei

biologistischer, kulturalistischer und ökonomischer Natur. Der biologistische Rassismus sei vor allem bei den Rechtsaußen-Vertreter*innen um den Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke anzutreffen und würde kulturalistischen Rassismen eine Kooperation mit anderen Akteur*innen der Neuen Rechten ermöglichen. Während ökonomische rassistische Argumentationen vor allem unter Migrant*innen anschlussfähig seien. Daraus, dass auch für sie Bezugspunkte offenstünden, versuche die AfD Kapital zu schlagen. „Migranten dienen quasi als Feigenblatt, um nicht mit Neonazis in Verbindung gebracht zu werden“, urteilt Knopp. Daher würden auch Migrant*innen zu Veranstaltungen der Rechten eingeladen werden, solange sie dieselben Denkmuster vertreten. So trat der deutsch-ägyptische Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad, der mit islamkritischen Sachbüchern hohe Plätze in den Bestsellerlisten vertritt, auf Veranstaltungen der AfD auf, und bei Pegida ist Akif Pirinçci ein gern gesehener Gast. In seinen Reden bezeichnet er Geflüchtete als „Invasoren“ und warnt vor einer „Umvolkung“, die derzeit im Gange sei und knüpft damit an verschwörungsideologische Positionen an.

Dass sich Migrant*innen positiv auf extrem rechte Logiken beziehen können, präsentierte sich beim Amoklauf am Münchener Olympia-Einkaufszentrum am 22. Juli 2016 deutlich. Aus rassistischen Gründen tötete der 18-Jährige David S. – selbst Sohn von ehemaligen Geflüchteten – 10 Menschen, 32 weitere wurden verletzt. Den Tag der Tat wählte er bewusst: Sechs Jahre zuvor tötete der norwegische Rechtsextremist Anders Breivik 77 Menschen aus islamfeindlichen Motiven. S. sei zudem stolz darauf, am selben Tag wie Adolf Hitler Geburtstag zu haben und bezeichnet sich als Arier (aus dem Altperischen übersetzt heißt Iran „Land der Arier“). Migrationsgeschichte ist eben kein Ausschlusskriterium für den positiven Bezug auf die Nation oder das Völkische. [fro]



Simone Rafael, Ruban Karakul, Ludmilla Kopp und Vincent Knopp diskutierten darüber, ob die AfD auch für Migrant*innen wählbar ist. (Foto: fro)

Gemeinsam lernen, gemeinsam stark sein



Gemeinsam lernen trotz erhöhtem Förderbedarf – so funktioniert Inklusion an der Geschwister-Devries-Schule. (foto: mindjazz pictures)

Mit der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen im Jahr 2009 hat sich Deutschland verpflichtet Inklusion auch in der Schule zu etablieren. Doch das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Förderbedarf ist Ländersache. Nicht überall in Deutschland hat sich der inklusive Unterricht seitdem so entwickelt wie er sollte. Das zeigt auch der Dokumentarfilm *Ich. Du. Inklusion.* – Wenn Anspruch auf Wirklichkeit trifft von Thomas Binn. Was der Film jedoch allem voran porträtiert: Wie viel Energie und Willen alle Beteiligten in die Förderung der benachteiligten Kinder investieren.

Morgen ist es soweit. Erster Schultag. Die Schultüte ist gepackt, die Klassenzimmer geschmückt. „Wir wollen, dass sich alle hier wohlfühlen. Wir versuchen ihnen zu vermitteln, dass sie gut sind wie sie sind“, sagt Grundschullehrerin Helga Heß in die Kamera. Es ist Spätsommer 2014. Einige Wochen zuvor hatte der Schulleiter der Geschwister-Devries-Schule in Uedem, Johannes Nolte, die Klassenzusammensetzung festgelegt. Die Grundschulklasse von Frau Heß wird in diesem Jahr zum ersten offiziellen Inklusionsjahrgang der Schule zählen. Fünf lerneingeschränkte Kinder wurden der Klasse zugeteilt. Dazu zählen auch Andreas und Miguel.

Seit Sommer 2014 haben Kinder mit unterschiedlichem Unterstützungs- und Förderbedarf in Deutschland einen Rechtsanspruch auf gemeinsamen Unterricht an Regelschulen. Seitdem können Eltern entscheiden, welche Schule das Kind künftig besuchen wird. Durch die Rechtsprechung wurden viele Förderschulen geschlossen. Das Thema Inklusion spaltet – das zeigte nicht zuletzt der Landtagswahlkampf in NRW. Während die einen schon lange der Meinung sind, dass nur gemeinsamer Unterricht allen Beteiligten zu Gute kommt, sind andere der Ansicht, dass behinderte Kinder nichts an regulären Schulen zu suchen haben – da sie somit die restlichen Schüler*innen am entsprechen-

den Lernprozess hindern würden.

„Was ist eigentlich behindert?“, fragt Regisseur Thomas Binn in die Runde. Ein Junge meldet sich und meint, dass einige andere Kinder als ‘behindert’ beleidigen würden, wenn sie sie nicht mögen. Ein weiteres Kind sagt daraufhin, behinderte Kinder seien solche, die langsamer lernen oder körperlich eingeschränkt seien.

Anspruch trifft auf Wirklichkeit

Zwei Jahre lang, vom Sommer 2014 bis 2016 hat der Filmemacher Helga Heß‘ Schulklassen begleitet. Insbesondere dabei auch Andreas und Miguel. Binns Film *Ich. Du. Inklusion.* – Wenn Anspruch auf Wirklichkeit trifft zeigt die beiden im Unterricht, aber auch auf dem Weg zur Schule, beim Hausaufgaben machen und beim Spielen mit anderen Klassenkamerad*innen. Fast immer mitten drin: Sozialpädagogin Karin Winkels-Brinkmann. Sie unterstützt die hilfsbedürftigen Kinder einige Stunden pro Woche bei den Aufgaben im Unterricht und ist somit auch für die Lehrerin eine Entlastung. „Aber auch mit aller Hingabe und Liebe – wir können die Kinder nicht optimal fördern“, bedauert sie. Denn so sehr sich beide im Team-Teaching auch bemühen: Bei fünf förderbedürftigen Kindern von insgesamt 21 Schüler*innen bleibt oftmals nicht genug Zeit, um alle angemessen zu betreuen. Wichtig ist auch, dass zieldifferenter gelernt werden soll.

Gemeinsam mit dem Regisseur sollen die Kinder nun ein Theaterprojekt auf die Bühne stellen. Zentrale Aussage des Stückes: Wir sind alle anders, aber genau das macht uns stark. Die Kinder stellen unterschiedliche Tiere dar, mit deren Stärken und Schwächen. Das Stück bildet den Rahmen des Films, es wird immer wieder darauf zurückgegriffen. Beeindruckend dabei: Wie differenziert und klar manche der Kinder mit ihren sechs Jahren sich bereits mit dem Thema Behinderung auseinandersetzen, ja, wie selbstverständlich es für sie zu sein scheint, dass da eben ein paar in der Klasse sind, die etwas langsamer lernen oder etwas schlechter sprechen. Der, der im Verlauf des Films am meisten

Schwierigkeiten hat, Anschluss zu finden, ist Miguel. Er kommt nicht hinterher, wird im Unterricht aggressiv und verzieht sich lieber in die Spielecke statt Lesen und Rechnen zu üben. „Er ist auf dem Stand eines Drei- oder Vierjährigen“, unterrichtet Sonderpädagogin Winkels-Brinkmann Schulleiter Nolte. Anders sieht es hingegen bei Andreas aus: Auch, wenn er manchmal länger beim Schreiben und Lesen braucht, hat er dafür mit Mathe weitaus weniger Probleme.

Zu wenig pädagogische Unterstützung

Durch den Rechtsanspruch von förderbedürftigen Kindern auf inklusiven Unterricht ist auch der Bedarf an Sonderpädagog*innen erheblich gestiegen. Die meisten müssen mehrere Schulen unterstützen. „Bei der Zahl an Kindern, die Förderung benötigen, wäre eine Sonderpädagogin 2013 17 Stunden wöchentlich in der Klasse gewesen. Die Stundenzuweisungen gibt es aber nicht mehr und sind jetzt pauschalisiert worden. Die Sonderpädagogin darf die Klassenlehrerin laut ihres Auftrags nur noch flankierend unterstützen. Mit sieben Stunden in der Woche“, sagt Regisseur Binn. Somit verkürzt sich die zeitliche Zuwendung pro lernbehindertem Kind – und reduziert die Chance für diese Kinder vollständig am Unterrichtsgeschehen teilnehmen zu können.

Im Jahr 2015 urteilte der UN-Ausschuss, dass Inklusion in Deutschland noch lange nicht da ist, wo sie eigentlich sein sollte. Insbesondere ein inklusives Bildungssystem sei dringend in allen Bundesländern einzuführen, so die Empfehlung. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem gleichen Jahr zeigte weiterhin, dass bereits jedes dritte Kind mit Behinderung eine Regelschule besucht, wobei der größte Anteil davon in Grundschulen zu finden sei. Nur knapp jeder Zehnte der rund 71.000 Schüler*innen mit Förderbedarf in Deutschland besucht demnach eine weiterführende Schule. Große Unterschiede gibt es dabei auch zwischen den Bundesländern: Während in Bremen der Inklusionsanteil 2016 bei knapp 77 Prozent lag, war er in Nordrhein-Westfalen, wo auch die Geschwister-Devries-Schule in Uedem liegt, mit 33 Prozent erheblich geringer.

„Der Verband Lehrer NRW stellte fest, dass das vielerorts konstatierte Recht auf schulische Inklusion schlicht auf einer Fehlinterpretation der Behindertenrechtskonvention der UN beruht“, erläutert Binn. „Das ganze System ist letztlich auf privates Engagement angewiesen“, sagt auch Schulleiter Nolte. So zeigt der Film Eltern, die tagtäglich mit den Kindern die Hausaufgaben bewältigen, sich durch Bürokratie wühlen und Lehrer*innen-Gespräche führen müssen. Daneben sind es jedoch allen voran die Kinder, die im Vordergrund dieses Films stehen. Kinder, die gemeinsam lernen und lachen, sich gegenseitig helfen und am Ende ein Theaterstück präsentieren, das eine starke Message sendet: „Ich bin anders und du bist anders, aber zusammen lernen wir voneinander und miteinander.“ [rat]

Praxissemester: Zu viel Arbeit, keine Kohle

Die Kritik am Praxissemester für Lehramtsstudierende im Master hält an. Keine Entlohnung, oft weite Fahrtwege und zu viele parallele, universitäre Verpflichtungen. Der Abschlussbericht der landesweiten Arbeitsgruppe (AG) zur Evaluation des Praxissemesters bestätigt, dass Verbesserungen dringend von Nöten sind.

„Vor Antritt des Praxissemesters war ich auch für eine Vergütung, da ich davon ausging, dass meine Tätigkeiten im Praxissemester ungefähr den Tätigkeiten eines Referendariats entsprechen – also dass man selbstständig viel unterrichtet“, erläutert Lehramtsstudentin Hannah*. Der Unterschied zwischen Praxissemester und Referendariat sei aber, dass bei ersterem „die Reflexion der Theorie in der schulischen Praxis“ im Mittelpunkt stehe. Trotzdem begrüßten viele Schulen, wenn Studierende mehr eigenständigen Unterricht geben würden als vorgesehen. Von studentischer Seite werde dies ebenfalls positiv angenommen, „da sie im selbstständigen Unterrichten mehr Sinn sehen als im Hospitieren“, so Hannah weiter.

Nichtsdestotrotz müssten viele Studierende ihre bisherigen Nebenjobs aufgeben und stünden vor finanziellen Schwierigkeiten. Laut Auswertung der landesweiten Evaluation des Praxissemesters (Stand 12/2016) gaben von 810 Studierenden 70 Prozent an, nebenbei erwerbstätig zu sein. Davon wiederum arbeiteten 46 Prozent zwischen einer und acht Stunden, 47 Prozent zwischen neun und 16 Stunden pro Woche. 25 Prozent gaben an, dass sie einen ihrer Nebenjobs aufgeben mussten.

In einer Petition, die sich aktuell im Landtag NRW in der Prüfung befindet, forderten Studierende, das Praxissemester zu vergüten (aktuell berichtete). In der Petition wird dem Land NRW vorgeworfen, auf Kosten der Studierenden im Studium integriert war und das Referendariat zwei Jahre dauerte, wurde seit Einführung der unbezahlten halbjährigen Praxisphase der Vorbereitungsdienst um ein halbes Jahr gekürzt. Die Anzahl der Unterrichtsbesuche im Vorbereitungsdienst reduzierte sich hingegen nicht. Im Abschlussbericht der landesweiten AG zur Evaluation des Praxissemesters heißt es zwar, „das Praxissemester [ist] keine vorgezogene Phase des Vorbereitungsdienstes“, eine Kürzung dessen legt aber genau das nahe.

Gute Idee, verbesserungswürdige Umsetzung

Generell sieht Hannah durchaus Vorteile im Praxissemester – etwa, „dass man sich gut in die Schule einbringen kann, die Klassen kennen lernt, die Abläufe besser mitbekommt und eigene Unterrichtserfahrung sammeln kann“. Zusätzlich biete sich die Chance, „seinen eigenen Lehrertyp [zu] finden“. Auch wenn nicht auf sie selbst zutreffend, seien aber neben der finanziellen Lage vor allem die „hohe Belastung, viel Organisationsarbeit, um verschiedene Veranstaltungen unter einen Hut zu bekommen und die drei bis vier Forschungsprojekte“



Das Praxissemester stellt Lehramtsstudierende vor große Herausforderungen. (Foto: caro)

eine große Herausforderung vieler Studierender. Denn neben vier Tagen pro Woche in der Schule, müssen mehrere Portfolios zur Dokumentation geführt, Begleitseminare belegt und Forschungsprojekte in den einzelnen Fächern absolviert werden. Letztere zielen darauf, „unterrichtliche Praxis theoriegeleitet zu reflektieren“, erklärt die Studentin. Und weiter: „Die Forschungsskizzen werden meist vor dem Praxissemester formuliert und sollen während der Praxisphase durchgeführt werden. Danach sollen diese in Form von Seminararbeiten oder Präsentationen ausgearbeitet werden.“

Diese Erfahrungen spiegeln sich auch in den Erkenntnissen der Arbeitsgruppe aus der Evaluation wider. Die als Verbindung zwischen Theorie und Praxis gedachten Studien- beziehungsweise Forschungsprojekte würden seitens der Studierenden „zum Teil nicht als wichtiger Bestandteil des Praxissemesters gesehen“ und damit eines der „zentralen Ziele [...] bisher nur zum Teil eingelöst“. Ebenso würde über eine hohe Belastung geklagt, während „Inhalte der Vorbereitungs- und Begleitveranstaltungen der Hochschule in Teilen untereinander sowie im Hinblick auf Veranstaltungen des ZfsL (Anm. d. Red.: Zentren für schulpraktische Lehrerbildung) als redundant wahrgenommen“.

In einer Zusatzvereinbarung zur Rahmenkonzeption wurde deshalb vermerkt, dass es „Optimierungsmöglichkeiten [...] insbesondere beim zeitlichen Umfang von Unterricht unter Begleitung, der Anzahl der durchzuführenden Studienprojekte und der Abstimmung zwischen den beteiligten Institutionen“ gebe.

Es habe bereits Verbesserungen am Praxismodell gegeben – der Umfang der Forschungsprojekte sei reduziert worden, stellt Hannah fest. „Man merkt schon, dass es Bestrebungen gibt, das Praxissemester [...] zu verbessern“, so die Studentin, „Das ist aber schwierig, weil das Praxissemester auch Credit Points gibt und die in Form von Prüfungen – unter anderem Forschungsprojekte – erworben werden müssen“. Für die Zukunft wünsche sie sich, dass die Durchführung verstärkt beim ZfsL liege; dies arbeite „praxisnah“ und liefere „Experten in der Verknüpfung von Theorie und Praxis“. [caro]

* Name der Redaktion bekannt.

Beteiligen!

Erinnerung an Auschwitz



Referat Michael Sturm zeigt in seinem Vortrag Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Erinnerung an Auschwitz – Zwischen Ritualisierung, Sinnstiftung und kritischer Auseinandersetzung die Veränderung des Gedenkens an Auschwitz, angefangen in den 1960er Jahren bis zur Gegenwart. Gleichzeitig soll diskutiert werden, warum andere nationalsozialistische Vernichtungslager wie Sobibor oder Treblinka im öffentlichen Gedenken weitaus weniger präsent sind.

➤ **Mittwoch, 17. Mai, 19-21 Uhr, Druckluft, Am Förderturm 27, Oberhausen, Eintritt frei**

Ballern!

Karaoke statt LaLaLand

Ihr wollt eure Goldkehlchen mal wieder so richtig zwitschern lassen oder eure Rockröhren ordentlich dröhnen? Möglich wird's beim Karaoke in der Freak Show. Deine innere Rampensau wird es dir danken, wenn du dich nach erfolgreicher Bühnenperformance von den Armen der freuden- und jubeltaumelnden Crowd tragen lässt. Und danach ist noch Zeit, die eigene Coolness mit Bier zu begießen.

➤ **Samstag, 20. Mai, ab 22 Uhr, Freakshow, Grendplatz 2a, Essen, Eintritt frei**

Bewegen!

Duisburg skatet

Schwing dich auf deine Inline-Skates und Rollschuhe, jetzt wird Duisburg unsicher gemacht mit der rollenden Gang. Es gilt: Der Weg ist das Ziel – es geht also kreuz und quer durch Duisburg. Wenn ihr keine Skate-Schuhe zu Hause parat habt, ist das auch kein Problem. Ihr könnt euch vor Ort kostenfrei Inlineskates leihen. Damit steht einer wunderbaren Tour, bei der sich ein landschaftliches Duisburger Highlight ans nächste reiht doch nichts mehr im Wege!

➤ **Sonntag, 21. Mai, 18-20.30 Uhr, Regattabahn, Kruppstraße 30 B, Duisburg, Eintritt frei**

Parallelen der Zeit

Haymatloz – Exil in der Türkei erzählt fünf Geschichten von Nachkommen jüdischer Wissenschaftler*innen, die in den 1930er Jahren aus Deutschland in die Türkei flohen. Fünf Schicksale, die beispielhaft für bis zu 1.000 Wissenschaftler*innen stehen. Ein Film über die 1930er Jahre in der Türkei, der aber auch immer wieder Brücken zur Gegenwart schlägt. Organisiert wurde die Filmvorführung vom Verein türkischer Studenten (VtS) und der Türkisch-Deutsche Studierenden und Akademiker Plattform. Für das anschließende Gespräch über den Film waren Regisseurin Eren Önsöz und Enver Hirsch, einer der Protagonisten des Films, anwesend.

Gegen die Einladung des Genozid-Leugners Şahin Ali Söylemezöglü durch den VtS im vergangenen Jahr gab es Proteste vom damaligen Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) und Teilen der Studierendenschaft (aktuell berichtete). Die Vorführung des Films *Haymatloz* am vergangenen Donnerstagabend, 11. Mai, erfolgte jedoch ohne vorherige Konflikte. Das Thema des Films beleuchtet ein interessantes, jedoch wenig bekanntes Kapitel jüdisch-türkischer Beziehungen. Entsprechend voll war der Glaspavillon am Essener Campus, in dem sich etwa 100 Zuschauer*innen eingefunden hatten.

Fünf Schicksale

Susan Ferenz-Schwartz, Elisabeth Weber-Belling, Kurt Heilbronn, Engin Bagda und Enver Hirsch. Fünf Namen, fünf Geschichten. Alle mit demselben Ausgangspunkt: Ihre Vorfahren lehrten allesamt als jüdische Wissenschaftler*innen an deutschen Universitäten. Bis zum Jahr 1933, in dem die Nazis das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums einführten, die Personen ohne Ariernachweis aus vielen Berufen verdrängte, ihnen Berufsverbote auferlegte und zur Gleichschaltung des öffentlichen Dienstes und der Hochschulen führte.

Zur selben Zeit befand sich auch die Türkei im politischen Wandel. Mustafa Kemal Atatürk wollte die Türkei europäischer machen. Er schaffte das Kalifat ab, strebte die Säkularisierung an, also die Trennung zwischen Religion und Staat, verbot orientalische Kopfbedeckungen und führte statt der arabischen die lateinische Schrift ein. Auch im hochschulpolitischen Bereich strebte Atatürk Reformen an, weswegen er die in Deutschland vertriebenen jüdischen Wissenschaftler*innen in die Türkei einlud. Etwa 1.000 sollen es gewesen sein. Diese intellektuelle Elite sollte ihm helfen, einen Hochschulapparat nach europäischen Vorbild aufzubauen.

Der Film *Haymatloz* begleitet nun fünf Nachkommen dieser Wissenschaftler*innen durch das geistige Erbe ihrer Vorfahren. Alle Protagonisten sind in der Türkei aufgewachsen, vier von Ihnen sprechen Türkisch. Kennen lernt man sie jedoch zuerst im deutschsprachigen Raum. Da ist zum Beispiel die Geschichte von Kurt Heilbronn, des-

sen Vater Alfred das pharmakologisch-botanische Institut in Istanbul gegründet hat. Oder die von Enver Hirsch, der bei der Filmvorführung anwesend war. Sein Vater war der Jura-Dozent und Professor Ernst Eduard Hirsch, der an der Istanbul Hochschule Gesetzesentwürfe zum türkischen Handels- und zum Urheberrechtsgesetz lieferte, welche noch heute Anwendung finden. Im Laufe des Films begleitet Önsöz die Nachfahren auch auf ihrer Reise zurück in die Türkei, zum Teil auch eine Reise in ihre Kindheit. Als Zuschauer*in hat man dabei das Gefühl, dass die Portraitierten oftmals aufgrund des Exils ihrer Eltern und Großeltern selbst nicht definieren können, wo sie eigentlich zu Hause sind oder zu Hause sein wollen. Stilistisch wird dieses Gefühl durch die unkommentierten Aufnahmen verstärkt, die zeigen, wie die Nachfahren zwischen ihren Wurzeln reisen.

„Das wäre das Ende der Ideen unserer Väter“

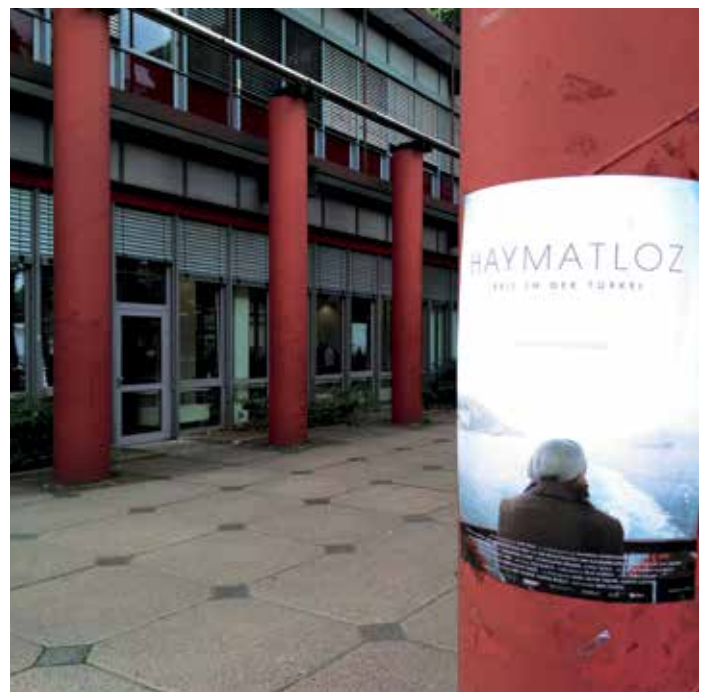
Immer wieder wird während des Films auch der Bogen zur heutigen Türkei geschlagen. So kommen Mitglieder einer Studierendenbewegung zu Wort und kritisieren überharte Polizeieinsätze. Auch der Taksim-Platz und der Gezi-Park, Orte des Protests gegen die türkische Führung, sind Teil der Dokumentation. So sagt Elisabeth Weber-Belling gegen Ende des Films: „Das wäre das Ende der Idee unserer Väter, wenn sich die Politik in der Türkei so weiterentwickelt, wie sie es jetzt tut.“ Als Kontrast zur heutigen Türkei stellt die Filmemacherin der aktuellen Entwicklung auch immer wieder Zitate Atatürks entgegen.

Auch während der an den Film anschließenden Diskussion bezieht Regisseurin Eren Önsöz mehrfach klar Stellung gegen die politische Entwicklung in der Türkei, insbesondere gegen Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Gleichzeitig zeigt sich Önsöz als Anhängerin Atatürks, was die Zitate im Film bereits erahnen ließen. „Ich bin so stolz darauf, was Atatürk damals geleistet hat und wenn ich jetzt sehe, wie das alles zunichte gemacht wird, dann ist das alles eine einzige furchtbare Katastrophe“, sagt die Filmemacherin. Sie kritisiert auch die deutsche Medienlandschaft, welche ihrer Meinung nach nur daran interessiert sei, Feindschaften zu schüren. Auch seien Erdoğan-kritische Stimmen aus der Türkei in den letzten Jahren viel zu wenig Gehör geschenkt worden. Besonders kontrovers ist jedoch ihre Aussage, das deutsche Fernsehen sei nicht „frei“, was sie im selben Satz jedoch relativiert. Gemeint sei lediglich, dass es für die Produktion von Nischenproduktionen kei-

nen Platz und kaum finanzielle Unterstützung im deutschen Fernsehen gebe.

Begeistertes Publikum

Der Film scheint den anwesenden Studierenden gut gefallen zu haben. Während des anschließenden Gesprächs bedanken sich Zuschauer*innen bei Regisseurin Önsöz wiederholt für den Film. Mehmet Oruc Birinci (Internationale Liste) vom AStA-Referat für Ökologie, Mobilität und Gesundheit sieht in dem Film auch eine Chance für Verbesserung von Beziehungen: „Das ist eine ver-



Der Film *Haymatloz* wurde am vergangenen Donnerstag, 11. Mai, im Essener Glaspavillon gezeigt. (Foto: dav)

gessene Geschichte und selbst viele Türken wussten davon nichts. Wenn man in die Vergangenheit blickt, kann man sehen, dass es durchaus gute Beziehungen zwischen Deutschen, Türken und Juden gab. Und wir sollten die Geschichte mal als Vorbild nehmen und in Zukunft daran arbeiten wie wir unsere Beziehung zwischen Deutschen, Türken und Juden verbessern können.“ Aynur Yüksel, Lehramtsanwärterin für Mathe und Physik erklärt, dass sie überrascht gewesen sei, dass so viele Gebäude, darunter auch viele Universitäten, von deutschen Architekten entworfen wurden. Sie erklärt: „Wenn ich demnächst wieder in der Türkei sein werde, werde ich besonders darauf achten, diese Gebäude nochmal aufzusuchen um nochmal einen zweiten intensiven Blick darauf zu werfen.“

Haymatloz ist ein wirklich interessanter Film, der einem Einblick auf einen meist unbekannteren Aspekt der deutsch-jüdisch-türkischen Beziehungen gewährt. Dass es zu dieser Zeit des Umbruchs in der Türkei aber auch durchaus kritische Stimmen zu Atatürk gab, der mit aller Härte gegen politische Gegner*innen vorging und Todesurteile gegen Oppositionelle erließ, bleibt jedoch außen vor. [dav]

Zehntausend gegen Abschiebungen nach Afghanistan



Tag und Nacht im Einsatz gegen Abschiebungen nach Afghanistan – das Protestcamp gibt Hoffnung. (Foto: rod)

Seit Mittwoch, 10. Mai, protestieren Geflüchtete Tag und Nacht gegen Abschiebungen ins Kriegsgebiet Afghanistan. Bis Sonntagabend, 14. Mai, harren sie am Burgplatz in der Düsseldorfer Altstadt aus. Dabei versuchen sie Unterschriften für ihre Petition zu sammeln, die die Landesregierung zu einem Abschiebestopp auffordert, der unter aktuellen Umständen aber wohl in weite Ferne rücken könnte. Das Camp zwischen liebevoller Unterstützung und rassistischer Anfeindung.

Die Sonne scheint ihnen ins Gesicht als das Bündnis Afghanischer Aufschrei am Mittwoch um 14 Uhr mit einer Pressekonferenz den Auftakt des Camps einläutet. Unmittelbar vor dem Düsseldorfer Rathaus – wo vor über drei Monaten der Düsseldorfer Stadtrat eine Resolution verabschiedete, die sich gegen das Rücknahme-Abkommen der EU mit der aktuellen afghanischen Regierung richtete – sitzen die Aktivist*innen. Hinter ihnen hängen Plakate: „Terroristen köpfen Frauen und Kinder in Afghanistan“ steht auf einem davon.

Merkel aus der Ferne

Seit Ende 2016 setzen sich die Afghan*innen für einen Abschiebestopp in Nordrhein-Westfalen ein (akuell berichtete). Bisher ohne Erfolg. Die bisher rot-grün geführte Landesregierung schiebt weiter ins Kriegsgebiet ab. Dabei erhalten die Geflüchteten und Aktiven breite Unterstützung aus der Zivilgesellschaft: Der Flüchtlingsrat NRW hat im März 2017 eine Petition gestartet, über 7.000 digitale Unterschriften haben sie seitdem gesammelt. In Düsseldorf stellt sich auch die SPD gegen die Landespolitik der eigenen Partei, sehen lassen sich jedoch nur Vertreter*innen der Linkspartei und der Grünen, so auch an diesem Donnerstagmorgen.

Miriam Koch (Die Grünen), Flüchtlingsbeauftragte der Stadt Düsseldorf, besucht das Protestzelt. Seit dem Entschluss durch den Stadtrat im Februar seien aus Düsseldorf keine Afghan*innen abgeschoben worden, sagt sie. Auch Monika Düker, ehemalige flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, stellte sich demonstrativ an die Seite des Protestcamps und berichtet von der Stimmung im Landtag von dem jedoch „kein Abrücken“ der aktuellen Asylpolitik zu erwarten sei.

Nur wenige Stunden später versuchen die Afghan*innen erneut Politiker*innen aufzuklären. Dabei ist niemand geringeres als die Bundeskanzlerin Angela Merkel ihr Ziel: „Abschiebung ist Mord – Afghanistan ist nicht sicher“ steht auf ihrem Transparent, das Merkel bei ihrem Besuch des Ständehaus-Treffs jedoch nicht zu sehen bekommt. Die Politiker*innen der CDU lassen sich bei den Geflüchteten nicht eine Sekunde blicken, Landtagsabgeordnete signalisieren völliges Desinteresse.

Nicht nur die Taliban

Als es aufs Wochenende zu geht, haben die Afghan*innen keinen politischen Besuch mehr zu erwarten. Am Freitag heißt es erstmal: Umziehen auf den gut belebten Burgplatz in Düsseldorfs Altstadt. Christian*, ein Unterstützer der Afghan*innen, resümiert die ersten Tage positiv: „Viele Menschen sind hergekommen, haben uns unterstützt und auch Rat bei uns gesucht.“

Viele der hier lebenden Afghan*innen hätten seit dem Abkommen der EU mit Afghanistan zunehmende Probleme mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): „Wir wollen Einzelfälle gesammelt an die Landesregierung weitergeben und dort die Problematik ansprechen“, sagt er mit Zuversicht. Erbost ist er über die „oberflächliche Behandlung“ beim BAMF: Viele Geflüchtete hätten berichtet, dass

„Dolmetscher teilweise nicht richtig übersetzen“ würden und Asylanträge so auch abgelehnt worden seien. Das Problem in Afghanistan seien eben nicht nur die Taliban, sondern auch die Regierung: „Man muss sich privaten Milizen anschließen und teilweise gegen die Taliban kämpfen“, sagt er.

Um das Zelt herum stehen mittlerweile dutzende Menschen. Viele unterschreiben ohne Umschweife die Petition für einen landesweiten Abschiebestopp. Heydar Alizadah, ebenfalls aus Afghanistan geflüchtet, freut sich über die gute Resonanz. Er übersetzt die Aussagen der Afghan*innen etwa bei der Pressekonferenz. Positiv stimmt ihn, „dass die Menschen Mitgefühl für unser Anliegen entwickeln und wir hier neue Leute kennen lernen“.

Nah beieinander: Hass und Hoffnung

Bei dem positiven Gefühl bleibt es aber nicht immer. Maria*, eine Unterstützerin des Camps, spricht zwei Passanten an. Einer hält ein Bier in der Hand, ist angetrunken: „Ich glaube nicht, dass das hier weltoffene und demokratische Menschen sind“, sagt er. Maria versucht beim Thema zu bleiben. Nach wenigen Sätzen stellt sich heraus, dass Aufklärung auch eine Grenze hat. Er bezeichnet sie als „junges Mädchen“, Maria ist 23 Jahre alt und macht ihn darauf aufmerksam, dass sie eine Frau ist: „Das ist doch bestimmt so ‘ne Grüne, von klein auf politisch indoktriniert“, winkt er gehässig ab und wendet sich seinem Mitspreiter zu.

Nur eine Stunde später folgt ein weiterer Zwischenfall, der Maria wütend macht. Für heute ist es wohl der schlimmste Moment, als sie versucht, einem Mann einen Flyer zu geben. Der fackelt nicht lange: „Sie wissen schon, dass wir alle in Gefahr sind, wenn man sich solche Leute ins Land holt? Das ist wildes Volk. [...] Wir sprechen wieder miteinander, wenn Sie von einem von denen vergewaltigt wurden.“ Sichtlich schockiert schaut sie ihm hinterher, das Gespräch mit den Passant*innen am Burgplatz sucht sie weiterhin.

Zurück am Protestcamp: Mittlerweile gibt es keine Zettel mehr für die Petition, mehrere Interessierte halten Stifte in der Hand und warten auf die Nachdrucke zum Unterschreiben. Bis Sonntag versuchen die Aktivist*innen ein symbolisches Zeichen an die Bundes- und Landesregierung zu setzen. Zu den über 7.000 digitalen Unterschriften beim Flüchtlingsrat NRW werden nach fünf Tagen Aufklärung, mitten in der Düsseldorfer Altstadt – bei Wind und Wetter – die noch benötigten 3.000 nur eine Randnotiz sein. Was davon bleibt: Seit November 2016 hat der Afghanische Aufschrei mindestens 10.000 Menschen erreicht, ein Ende ist nicht absehbar. Auch weil Bundes- und Landesregierung an den Abschiebungen festhalten. [rod]

*Namen der Redaktion bekannt

Es tropft weiter

Laola-Wellen für den MSV müssen wohl weiterhin unter dem undichten Dach des schabigen Duisburger Hauptbahnhofs stattfinden – der geplante Umbau des Daches in ein wellenförmiges, lichtdurchlässiges Gebilde, sowie weitere Reparatur- und Modernisierungsmaßnahmen, sind „auf unbestimmte Zeit verschoben“. Der Grund dafür: weltfremde Kalkulationen und fehlende Bewerber*innen, um die Baumaßnahmen zu managen.

Der Duisburger Hauptbahnhof sieht eigentlich noch so aus wie 1934. Als der Architekt der Reichsbahndirektion damals den Bahnhof umbauen ließ, galt das Design als hochmodern und funktional. Verführt hat die Nazis die neue Sachlichkeit, die schnörkellosen Fenster und harten Formen. 70 Jahre, ein paar Bomben und Restaurationsmaßnahmen später, steht das Ding immer noch. Außer zum Wegfahren kommt hier kaum jemand der täglich 100.000 Reisenden hin. „Wer den Bahnhof betritt, kann [...] die Klarheit und Funktionalität des einstigen Entwurfs kaum noch erkennen“, schreibt die Stadt auf ihrer Homepage. Das sah wohl auch Sören Link (SPD), Oberbürgermeister von Duisburg, so und verkündete in Kooperation mit VRR und Deutscher Bahn vergangenen September Modernisierungs- und Umgestaltungsmaßnahmen ab Juli 2017 (akduell berichtete). Alles sei bis voraussichtlich 2022 abgeschlossen. Hierbei sollte der Duisburger Hauptbahnhof als Exempel gelten für insgesamt 150 Bahnhöfe in NRW, die die deutsche Bahn, mit der öffentlichen Hand gemeinsam finanziert, modernisieren will. Etwa 150 Millionen Euro waren für den Bau eingeplant.

Wellpapp-Versprechen

Angedacht war ein lichtdurchflutetes Dach, das sich wellenförmig zwischen den Ausgängen spannt. Dazu hätte das Jetzige abgerissen werden müssen, da die Halle unter Denkmalschutz steht und Sanierungsmaßnahmen mit diesem Status kompliziert seien, so *RP-online*. Außerdem sollten neue Leitungen gelegt werden, die Beleuchtung verbessert, Bahnsteige saniert und blindenfreundlicher gestaltet werden. Jetzt liegen die Pläne aber

erstmal brach und der Bahnhof ist immer noch eine Bruchbude.

„In Duisburg gab es Probleme mit einem Vergabeverfahren für die Bahnsteigarbeiten“, erklärt Stephan Boleslawsky, Chef des Bahnhofsmanagements in NRW, das geplante Vorhaben. „Dieses wurde nicht abgeschlossen, weil der einzige Anbieter ein Angebot abgegeben hat, das hoch unwirtschaftlich war. Zum jetzigen Zeitpunkt wissen wir nicht, wie weit uns das gescheiterte Vergabeverfahren zurückwirft.“ Jetzt muss mit der Deutschen Bahn neu verhandelt werden und das Millionenprojekt neue Anbieter für die Baumaßnahmen finden.

Seit 2009 schon laufen Sanierungen in der Empfangshalle. Geändert hat es wenig: Vom Dach tropft's immer noch. Mr. Link, die Abrissbirne, fokussiert sich bei der Image-Kampagne Duisburger Hauptbahnhof auf Prestigeobjekte



Der Duisburger Hauptbahnhof in vollem Glanze. Qualität seit 1934. (Foto: lys)

wie gläserne Dächer, das teuerste der Vorhaben im Bahnhof. Inklusive Bahnsteige, Dachreparatur und Beleuchtung wären leichter und billiger zu bewerkstelligen. Schaut man sich Duisburgs sonstige Probleme an, sind die sicherlich weitläufiger und investitionsbedürftiger als ein Wellen-Dach. Zum Beispiel fehlt es der Stadt an Soziokultur. Vergangene Woche haben sich deswegen Initiativen zur Nutzung der Alten Feuerwache (akduell berichtete) mit der SPD in Duisburg getroffen. Herausgekommen ist: Kein Soziokulturelles Zentrum in der Feuerwache. Falls jedoch Millionen für Image-Bauprojekte da sind, wieso dann nicht auch für selbstverwaltete Kultur? Duisburgs Bilanz: Kein Dach, keine Feuerwache. Und hochtrabende Pappnasen, die dann die Welle machen. [lys]

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

Projektkoordination: Christian Patz

Anschrift: akduell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Meiko Huisman (mehu), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleimann (lys), Robin Dullinge (rod), Mirjam Ratmann (rat)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 3.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

	1	3	2		8	9
						5
		4		5	2	
		2	6			4
1	6	8		7	2	3
4			5	1		
	9	1	8			
3						
7	8		9	2	6	

WOHNHEIMGESCHICHTEN

